

Wochenschrift mit den Blättern „Geschäftsleben“, „Die Welt“ und der Abendzeitung „Großraum“, sowie den Zeitungen „St. Peters-Stadt“, „Unterhaltung und Wissen“, „Die Welt des Jenseits“, „Reichslicher Zeitungen“, „Das gute Buch“, „Kommunist“, „Römischer Begegnungszeitung“ S. 10. Einzel-Heftgeld, Einzelpreis 10. J. Sonnabend- u. Sonntagnummer 20. J.

Hauptredakteur: Dr. G. Deetz, Dresden.

# Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Betriebsstelle, Dresdner Verlag: Hermann H. A., Berlin und Dresden, Alte Dresden, Dresden-KL, Voigtsstraße 17, Raum 2010, Postfach 1000 Dresden 2000, Bonifatius-Stadtteil Dresden, Nr. 61719

Donnerstag, 7. November 1929

Verlagsort: Dresden

Einzelpreis: Die hochwertige Zeitung 20. J. Sammlungszeitung u. Stellengebühr 20. J. Die Zeitungseinzahlung 20. J. für Ausgaben außerhalb des Reichsgebietes 40. J. die Zeitungseinzahlung 1. 20. J. Umlauf 20. J. Im Jahre 1929 erhält der Betrieb erstmals eine Verpflichtung auf Lieferung sowie Veröffentlichung d. Einzel-Blätter u. Zeitungen u. Zeitung u. Schriften des Geschäftsführers Telt. Natur Ven. Dresden.

## Vor Tardieu's Regierungserklärung

### Das „Kabinett der Arbeit“

Paris, 6. November.

„Matin“ veröffentlicht Erklärungen Tardieu's, die den bestimmen Willen des neuen Ministerpräsidenten zum Ausdruck bringen, energisch zu regieren. Tardieu erklärte, er wolle arbeiten und wolle daher im heutigen Kabinettsrat seine Kollegen auch auffordern, von den Sonntagsreden abzusehen, die seit dem Wiederaufbau der Nation dienen, ja sehr oft ihn beeinträchtigen. Man verlange von den Ministern nicht Reden, sondern Taten. Er wolle sein Ministerium tatsächlich leisten und zwar nicht dadurch, dass er im Kabinettsrat die großen und die kleinen Angelegenheiten zur Diskussion stelle und bei der Entscheidung die Schiedsrichterrolle spielt, sondern indem er förmlich über das Funktionieren eines jeden einzelnen Rückschlusses wache. Die erste Pflicht des Chefs sei, Weisungen zu ertheilen. Er wolle regieren, um zum Ziel zu kommen. Er zweisse nicht daran, dass er am Donnerstag in der Kammer eine Mehrheit erhalten werde, denn er wolle sie und der Sieg sei und bleibe eine Willensfrage.

Über den Inhalt der Regierungserklärung schreibt „Echo de Paris“, das Ministerium Tardieu werde erklären, dass es von Briand eingeleitete und versuchte Friedens- und Annäherungspolitik weiter betreiben wolle, aber bedingt durch die Sicherheit Frankreichs und zwar sowohl hinsichtlich der Räumung des Rheinlandes als auch der auf der Londoner Konferenz zu behandelnden Seeabschaffung. In

gleicher Weise werde die Regierungserklärung auch über die Finanzen und die wünschenswerten Maßnahmen zur steuerlichen Erleichterung Auskunft geben. Die Absichten auf dem Gebiete der Sozialpolitik würden ebenfalls umrissen werden. — Briand würde in Beantwortung der vorliegenden Interpellationen eine umfassende Darlegung geben, bei der er die Fragen der Haager Konferenz und der Kommerzialisierung der deutschen Schulden behandeln werde. Der Chef der neuen Regierung habe den Wunsch, dass die Behandlung der Interpellationen noch am Donnerstagabend zu Ende gehe. Selbst wenn es sich um die einfache Abstimmung darüber handele, solle die Kammer für oder gegen die neue Regierung Stellung nehmen. Man könne gewiss sein, so schließt das Blatt, dass die Abstimmung zugunsten der Regierung ausfallen werde.

Gestern haben drei Fraktionen zur Regierung Tardieu Stellung genommen. Die sozialrepublikanische Fraktion (Mündung Painlevé-Briand) hat in einer nicht stark besuchten Sitzung eine Entschließung angenommen, in der sie sich mit den Linksparteien solidarisch erklärt und betont, dass die gefundene Lösung der Krise in Frankreich und im Auslande nicht ohne Besorgnis aufgenommen werde und dass die Beibehaltung der Friedenspolitik Briand-Herriot die wesentliche Freude bilden, in der man nicht nachgeben könne. Die Fraktion der Linksparteien doggen hat ihre Befriedigung über die Zusammensetzung des Kabinetts Tardieu zum Ausdruck gebracht und ihm Unterstützung versprochen. Die Fraktion der demokratischen Aktion der Gruppe Maginot hat den gleichen Beschluss gefasst.

## Prinz Max von Baden +

Konstanz, 6. November. Prinz Max von Baden, der letzte Kaiserliche Reichskanzler, ist heute früh um 5.45 Uhr im Alter von 63 Jahren gestorben.

Wieder ist ein Zeuge der Vergangenheit dahingegangen, einer, an dessen Namen sich unvergessliche Erinnerung an deutliches Schicksal knüpft. Nach Stresemann, dem Außenminister des neuen Reiches, nach Billow, dem Lieblingskanzler Wilhelm II., nun Max von Baden, der letzte Kanzler des kaiserlichen Deutschland. Nichts beweist besser, dass wir unschuldig in ein neues Zeitalter hineinrücken, als diese Gräber, die wir am Wege hinter uns lassen.

Personlichkeit und Wirken des Prinzen Max von Baden sind in den letzten Jahren heftig umstritten worden. Die einen preisen ihn als den Weisesten einer neuen Zeit, aus dessen Händen das Volk seine volle Freiheit empfangen habe. Die anderen (so Wilhelm II.) sehen in ihm den Verräter, der die Abdankung seines kaiserlichen Herrn verhüttete, ehe sie unterzeichnet war. — Beide Vorstellungen sind wohl irrig. Prinz Max von Baden erscheint uns als ein Mann lauter Charakters, der klar die Katastrophe vorausahnte, die kommen musste, und von einem unglückseligen Schicksal bestimmt wurde, für die letzten Folgerungen dieser Katastrophe die Verantwortung zu übernehmen. Zu einem Augenblick, in dem es eines Mannes von härterem Willen bedurft hätte, um das über Deutschland hereinbrechende Schicksal zu meistern.

Als Bismarck in Versailles 1871 die Kaiserproklamation verlesen hatte, brachte der Großherzog von Baden als erster das Hoch aus den neuen deutschen Kaiser aus. Und ein badischer Prinz war es, der 1918 dem Volk das Ende der Hohenzollern-Monarchie verkündete. In diesen Tatsachen scheint ein tieferer Sinn zu liegen. Das badische Volk, geistig elastischer und politisch empfänglicher als die meisten anderen deutschen Stämme (die jüngsten Wahlen haben das wieder glänzend bewiesen), hat hier wie dort durch einen seiner Söhne gewissermaßen die Parole für die neue Zeit auszeben dürfen. Wer Rücken für etwas Großes hält, dem mag es bedeutungslos erscheinen, Prager einer solchen historischen Aufgabe zu sein. Prinz Max hat sein Schicksal, das ihm in schwerster Stunde an die Spitze des Reiches brachte, zweifellos als tragisch empfunden.

Prinz Max war Demokrat, nicht im Sinne einer parteiähnlichen Einstellung zum Staat. Aus dieser Einstellung heraus muhte er die politischen Zustände, wie sie in Deutschland vor 1914 bestanden, als unnatürlich und verhängnisvoll empfunden. Seine Amtsführung als Präsident der Ersten Kammer in Baden zeigte denn auch, welche politischen Art er für den richtigen hielt. Seine unvoreingenommenen Art, Menschen und Dinge zu betrachten und nutzbar zu machen, erwährt ihm reich allgemeine Sympathie. Erklärungen, die er im Dezember 1917 in der Ersten Kammer, im August 1918 beim Festakt der hundertjährigen Verfassungsfeier in Karlsruhe abgab, zeigten, dass er klar die innerpolitischen Schäden erkannte, die Deutschlands schwere Lage während des Weltkrieges noch ungünstiger gestaltet. Diese viel beachteten Reden waren wohl auch der Anlass zu seiner Anfang Oktober 1918 erfolgten Berufung als Reichskanzler.

Nicht in dem Sinne freiheitlich war Prinz Max Demokrat, doch er die Monarchie abgelehnt hätte. Die Monarchie galt ihm noch seiner Herkunft und seiner ganzen Entwicklung als die bessere Staatsform. Und seine Bemühungen im Oktober 1918 waren denn auch in erster Linie darauf gerichtet, die Monarchie zu retten. So erklärten sich seine innerpolitischen Reformen, deren Ziel die Herstellung der parlamentarisch kontrollierten Monarchie nach englischem Muster war. Aber auch seine außenpolitischen Schritte, die den Versuch darstellten, die unvermeidliche Katastrophe so günstig als möglich zu gestalten.

Die Versuche scheiterten. Außenpolitisch deshalb, weil der militärische Zusammenbruch schon zu weit fortgeschritten war. Es nützte nichts, dass der Prinz mit innerem Widerstreben, dem Drängen Ludendorffs folgend, das Angebot bedingungslosen Waffenstillstandes hinausgab. Rathenau, der am nächsten Tage in einem vielbeachteten Artikel erklärte: „Der Schritt war falsch!“ hat recht behalten. Es war der erste Schritt nach Ver-

Die heutige Nummer enthält die Beilage „Unterhaltung und Wissen“.

### Böh über die Pelzgeschichte

Berlin, 5. November.

Oberbürgermeister Böh lädt durch das Nachrichtenamt der Stadt Berlin folgende Erklärung verbreiten:

1. Die meiner Frau von den Gebr. Schlarck gelieferter Pelzjacke ist ihr als ein besonders günstiger Einkauf von Pelzseilen aufgedrängt worden. Nach Lieferung der Jacke habe ich die Überwendung der Rechnung verlangt. Da mir der Rechnungsbetrag zu niedrig erschien, ich mich andererseits mit den Gebr. Schlarck nicht in Verhandlungen über den Preis einzulassen wünschte, habe ich mich der peinlichen Erörterung dadurch entziehen wollen, doch ich einen Beitrag zur Linderung von Not verwandte und die Gebr. Schlarck hierzu benachrichtigte. Ich erkenne natürlich heute, zumal nach den fehligen Aufklärungen über die tatsächliche Art der Geschäfte und den Wert der Pelzjacke, dass es unvorsichtig von mir gewesen ist, den Pelzkauf zu dulden und — entgegen meinem ursprünglichen Gefühl — die Pelzjacke nicht zurückzu-

## Haftbefehle in der Schlarck-Sache

### Gegen Gaebel und Degner

Berlin, 6. November.

Die Justizpressestelle teilt mit: Unter Vorbehalt der vorliegenden Haftbefehle und der unter Decknamen geführten Konten wurden heute der Bürgermeister Schneider, die Elektrofirmen Gaebel und Degner, Direktor Schünning und Stadtrat Scholzki durch die Staatsanwaltschaft I verhaftet. Außerdem auch die Brüder Schlarck hierzu verhaftet waren, hat die Staatsanwaltschaft I die Eröffnung der Voruntersuchung gegen die zuerst genannten fünf Personen wegen passiver Bestechung und gegen die Brüder Schlarck wegen aktiver Bestechung beantragt. Gegen die Städte Gaebel und Degner ist Haftbefehl wegen Fluchtverdachts und Verdunkelungsgefahr erlassen.

Weiter bekannt wird, was die Aufdeckung der Geheimknoten vernichtet für die Städte Degner und Gaebel. Aus ihnen ergibt sich, dass mindestens Gaebel in ziemlich unverhältnismässig hoher Bestechungsummen angenommen hat, die 20.000 Mark im Jahre erreichten. Auch das Konto Degner weist ähnliche Beträge auf, wenn auch schon aus der Art der Buchung hervorgeht, dass die finanziellen Bewegungen auf dem Konto in „eleganter“ Form vorgenommen worden sind. Gaebel wird auch vorgeworfen, dass er seinen Einfluss auch dann geltend gemacht habe, dass in der kommunistischen Presse Angriffe gegen die Firma Schlarck unterblieben sind, obwohl aus Kreisen der von den Wohlfahrtsräten verfolgten Personen schwere Klagen über die KVG vorliegen. — Schärnig wird beschuldigt, ebenfalls ein Geheimkonto bei Schlarck gehabt zu haben. Durch ihn sind die ersten städtischen Verträge mit den Brüdern Schlarck getätigkt worden.

geben. Einer rechtlichen und fiktiven Schuld bin ich mir nicht bewusst. Die Pelzjackett ist wenige Stunden nach meiner Rückkehr dem Konkursverwalter der Firma Schlarck zur Verfügung gestellt worden. Andere Pelzjacketts haben ich und meine Familie von den Gebr. Schlarck nicht bezogen.

2. Es ist unrichtig, dass eines meiner Kinder bei der Firma Schlarck ein besonderes Konto „Böh jun.“ gehabt hat. Ich und meine Familie haben vor mehreren Jahren vereinzelt Kleidungsstücke von der Firma Schlarck bezogen und nach Lieferung ordnungsgemäß bezahlt. Doch ich überhaupt waren aus der Firma Schlarck genommen habe, erkläre sich aus der Übernahme der städtischen KVG durch die Brüder Schlarck.

3. Zwischen den Gebr. Schlarck und mir oder meiner Familie haben niemals persönliche oder gesellschaftliche Beziehungen irgendwelcher Art bestanden. Ich und meine Familie sind niemals bei Ihnen zu Gast gewesen, ebenso wenig wie die Brüder Schlarck bei uns.

4. Eine Begünstigung der Brüder Schlarck durch mich ist niemals erfolgt und auch niemals in Frage gekommen. Ich habe niemals auf ihre Lieferungsgeschäfte oder Kreditgeschäfte Einfluss genommen oder auch nur Einfluss zu nehmen versucht. Nach der Dezentralisierung und der bestehenden Organisation habe ich mit den Lieferungsgeschäften und den Kreditgeschäften zwischen den Brüdern Schlarck und der Stadt nichts zu tun gehabt.

5. Es ist mir niemals gemeldet worden, dass die Brüder Schlarck hohe Millionenkredite von der Stadtbank erhalten haben. Ich habe von den hohen Millionenkrediten der Brüder Schlarck erst während der zweiten Hälfte meiner Amerikareise erfahren. Ich bin von jeher grundsätzlich gegen hohe Kredite der Stadtbank an private Unternehmen gewesen. Ich habe bereits im Jahre 1925 mit dem damaligen Stadtkämmerer Dr. Kärding und dem Geschäftsführer Schmitt der Berliner Stadtbank ausdrücklich vereinbart, dass hohe Kredite der Stadtbank an Private nicht gegeben werden sollen.

6. Ich verurteile aufs schärfste, dass zwischen den Brüdern Schlarck und der Stadt Berlin ein Monopolvertrag ohne die städtischen Konkurrenzabfertigungen abgeschlossen worden ist. Ich habe von diesem Vertragabschluss erst in Amerika gehört.

Alle Behauptungen, die mit den vorstehenden Erklärungen nicht übereinstimmen und alle sonstigen über mich aufgestellten Behauptungen, die darauf hinauslaufen, dass ich unerlaubte Vorteile irgendwelcher Art in Anspruch genommen habe, sind unzutreffend und werden von mir gerichtlich verfolgt.

Der Untersuchungskommissar des Oberpräsidenten hat, wie das Nachrichtenamt weiter mitteilt, den Oberbürgermeister erläutert, dass das sogenannte Geheimkonto „Gustav“ nach dem Ergebnis der Ermittlungen nichts mit seiner Person zu tun habe.